

Deutsche Bäcker- und Konditor-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebkübler, Arbeitern u. Arbeiterinnen in der Zukermaten-, Süßwaren- u. Keksindustric

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2

Erscheint jeden Donnerstag.
Redaktionsschluss Montag morgen 10 Uhr.

Insertionspreis pro dreieckigem Feintextzelle 50 Pf., für die Zettelchen 30 Pf.

Kriegswirtschaftliches aus Österreich-Ungarn.

Gleich dem Deutschen Reich ist auch Österreich-Ungarn durch den Krieg von den auswärtigen Märkten und momentan vom Bezug auf überseeische Produkte abgeschnitten worden, wodurch gewisse Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet erforderlich wurden, die den Brotmarkt haben, die Folgen der Abschließung so weit als möglich auszugleichen. Vor allem gilt es für Österreich, die Brotversorgung zu sichern, da es schon in der Zeit vor dem Kriege mehr Brotgetreide verbrauchte, als es produzierte. Der Bedarf konnte durch Verbrauchsbeschränkung und Zuflüssen aus Deutschland und Ungarn gedeckt werden.

In Ungarn überschritt die Produktion von Brotgetreide immer den einheimischen Bedarf. In Gemeinschaft mit einer Verordnung vom 11. Juni 1916 hat eine Kriegsgetrreibeverabredung die Vorräte einzunehmen, zu enteignen, sowie für jahrgemäße Mahlung und Verteilung zu sorgen. Ganz befriedigt hat das Wirken dieser Verabredung nicht. Die Lage wurde auch durch den ungünstigen Ernteaussall im Jahre 1916 verschärft. Nach der Brotversorgung nahm die Versorgung mit Fleisch die öffentliche Aufmerksamkeit in Anspruch. Auch in diesem Fall wurde hauptsächlich zur Verbrauchsbeschränkung Zuflucht genommen.

Die Bedürfnisse der Heeresverwaltung führten dazu, gewisse Rohstoffe dem Handelsverkehr zu entziehen und für militärische Zwecke zu reservieren. So wurde am 28. Mai 1916 in Österreich eine Verfügung getroffen, welche die Vorratsaufnahme von Schafwolle, Ramm- und Wollgarnen anordnet, die Preise festsetzt und das Vergütungsrecht über die Vorräte dem Staat gibt. Letzterer konnte dann wiederum von diesen einen Teil für den Handel freigeben, für welchen jedoch auch die regierungsettige festgesetzten Preise maßgebend blieben. Analoge Maßnahmen wurden in Ungarn sowie in Bosnien und Herzegowina getroffen.

Durch Ministerialverordnung vom 28. April 1916 wurde bestimmt, daß 80 % der Vorräte an Blei und Hartblei, an Zinn und Zinnlegierungen abzufestern sind. Die galizischen Erzölkreise kamen durch den Einmarsch der Russen in dieses Kronland, dann durch den Kriegsende, in welchem sie wieder vorgefunden wurden, nicht mehr in Betracht. Somit gilt es, die Vorräte zu strecken, was oft sehr schwierig war, besonders angeichts des enormen Bedarfs. Erst die Besetzung Rumäniens schuf hier Wandel.

Auf dem Gebiete der Industrie ist die Gründung sogenannter "Zentralen" besonders erwähnenswert. Solche Zentralen, die unter staatlicher Aufsicht stehen, wurden zunächst für die Verteilung der Landesprodukte gegründet; verbreiteten sich aber allmählich auch auf die verschiedenen Zweige der Industrie. Wir erwähnen hier die Kriegsproduktionszentrale, deren Aktienkapital zur Hälfte vom Staat, zur andern Hälfte von den Stadtverwaltungen und den Interessenten aufgebracht wurde; ferner die Baumwollzentralen, deren die im Entstehen begriffene Eisenzentrale, die sich besonders notwendig nach dem Aufstehen des Kartells erwies, für dessen Wiederaufnahme die Interessenten das Resultat der Neuordnung der wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland abwarten wollen. Auch eine Wollzentrale (Aktiengesellschaft) wurde ins Leben gerufen. Sie steht in Verbindung mit dem von der Regierung geschaffenen Wollkriegsverbande, welchem die Führung einer genauen Übersicht über die Arbeitsverhältnisse bei den Unternehmungen dieser Industrie, die Verteilung von Rohmaterialien und Garnen, die Feststellung von Preisen usw. obliegt. Ein ähnlicher Kriegsverband wurde für die Leinenindustrie geschaffen.

Im Zusammenhang mit der Industrie steht in der Kriegswirtschaft die Situation des öffentlichen Verkehrs. Es macht sich eine Transportnottheit fühlbar,

Maßspruch.

Nicht nur durchzuhalten gilt es:
Hoch soll unser Bannen wehn!
Unser Bund soll unzerbrechlich
Diesen Weltsturm überstehn.
Arbeitskameraden, haltef
Fest an eurem großen Ziel!
Unser Mai muß wiederkehren,
Wenn auch harter Reif jetzt fiel!
Haltef zukunftsfröh die Trene
Nur euch selbst als Proletar!
Jede Zusage treibt aufs neue,
Die nicht ganz erforben war.

Und es ist ja nicht erforben,
Was in Kämpfen einst erworben.
Drauf gesellst lag die Kraft
Mutvoll deshalb aufgerafft!

Haltef Treue eurem Hunde,
Und das Unglück dieser Stunde
Wird er machtvoll überstehn!

F. Weidler.

da einerseits das Eisenbahnnetz oft belagte Anlagefehler aufweist, anderseits die österreichische und ungarische Staatsbahn den gesamten Betrieb im südlichen Polen, in Serbien sowie der ganzen Walachei übernehmen mußte. Eine Erleichterung bringt die rasche Nachschaffung von Lokomotiven und Wagen, soweit sie möglich war. Allerdings verlangt das gesamte Betriebsmaterial der österreichisch-ungarischen Bahnen nach Friedensschluß eine durchgreifende Aufstrichung, während anderseits die Projekte für umfangreiche neue Bahnbauten in Bearbeitung sind. Beide Umstände werden von der Industrie begrüßt, da sie für die Zeit nach dem Friedensschluß reiche Arbeit in Aussicht stellen.

Es sei noch der Bedeutung gedacht, die im Kriege die Donauschiffahrt erhalten hat. Diese Erfahrungen haben wesentlich zu dem Projekt der Ausgestaltung der Donau zu einem internationalen Großschiffahrtsweg beigetragen, dessen Realisierung durch die Sprengung der berüchtigten Stromschnellen im Eismen Lör bereits in die Wege zu leiten begonnen wurde.

In manchen wirtschaftlichen Kreisen hoffe man, daß der Krieg die Industrie Österreich-Ungarns im ganzen nicht nachteilig beeinflussen wird. Diese Ansicht wird damit begründet, daß die Produktion für die Kriegsbedürfnisse stark gesteigert wurde, insbesondere die Produktion von Rohstoffen. Sollen nun die Bedürfnisse von Heer und Marine nach dem Friedensschluß zum größten Teil weg, so ist der Handel gezwungen, um nicht eine Produktionsverminderung eintreten zu lassen, den Überschuss an Rohstoffen auszuführen. Hierzu tritt die Ausfuhr der Fabrikate her wieder der Friedensarbeit an. geführten Industrie. Beides aber bewirkt, daß die Ausfuhr aus der Monarchie steigen muß, so daß der Einfuhrüberschub geringer wird, als er nördlich war. Man kann nun in der Beziehung allerdings auch täuschen; denn die Möglichkeit besteht, daß die Schwierigkeiten, die der Wiederaufnahme des auswärtigen Handels im Wege stehen werden, nur langsam zu überwinden sind.

Während des Krieges kam es zu vielen industriellen Neugründungen, wie die Gründung der von den Wiener

und Budapester Bahnen im Verein mit deutschen Instituten geschaffenen industriellen Orientgruppe; ferner sind zu nennen die Balkan-Roholchandelsgesellschaft, die Ungarische Erdgasgesellschaft und andere. Die Vergrößerung der bestehenden Industriebetriebe ist zum großen Teil auf die gewaltigen Gewinne derselben zurückzuführen, die bei manchem Unternehmen im Jahr 50 p. pt. des Aktienkapitals ausmachen; zum Beispiel bei der böhmisch-mährischen Maschinenfabrik Prag. Die Stahlproduktion hat eine niemals für möglich gehaltene Höhe erreicht. Die bezahlten guten Preise für Eisen und Stahl gestalten anderseits den Wert der Steuern und jene der Eisenbahntarife um 80 p. pt. zufällig hinzunehmen. F.

Der 1. Mai

gab der Generalausschuss der Gewerkschaften Deutschlands und dem Parteivorstand Beurteilung, sich mit einem Aufruf an die Arbeiterklasse zu wenden, in welchem eingangs die Gründe dargelegt wurden, weshalb man auch in diesem Jahre nochmals auf die Arbeitsschule verzichten sollte, und weshalb man Arbeitseinstellungen überhaupt zu politischen Demonstrationen gegenwärtig aus schärfste verurteilen sollte. Der Aufruf wandte sich dann aber auch den Forderungen zu, deren Erfüllung von der Arbeiterklasse in der nächsten Zukunft zu erstreben ist. Die Soziale lauteten:

Wenn wir unter dem Bannen bei von uns nicht gewollten und nicht geschaffenen Verhältnissen am 1. Mai keine besonderen Forderungen veranthalten, so gibt uns doch gerade dieser den Zukunftshorizonten des Proletariats gewidmet Tag Anlaß, die Arbeiterklasse an die Verpflichtungen zu erinnern, die wir in der nächsten Zeit erfüllen müssen.

Noch ist der Friede nicht da! Aber die Aufgaben, die er uns bringt, erheben heute schon die größte Aufmerksamkeit aller Verantwortlichen. Sie verlangen die breiten Massen des Volkes in allen Ländern unter der Lebensmittelnot. Hier gilt es, die Kraft der Arbeiterklasse einzufügen für eine dauernde, gerechte, jede Bevorzugung ausschließende Verteilung der täglichen Nahrung. Es gilt weiter, dafür einzutreten, daß die durch die Kriegsoffensive erzwangene übermäßige Arbeitszeit wieder herabgesetzt wird. Der unterdrückte Körper der Schwer- und Schwerverarbeiter und der verkrüppelten Frauen erfordert eine längere Ruhezeit und erfordert dringend die Bereiterhaltung und den weitgehenden Ausbau der Arbeiterschaftsgebung. Die Erhaltung der menschlichen Rasse, ihre geistige und körperliche Entwicklung verlangen geradezu die geistige Erführung des Arbeitertags, für dessen Prologierung 1889 der internationale Sozialistentag in Paris den 1. Mai bestimmte.

Noch ist der Friede nicht da! Aber wir haben die zweiseitige Hoffnung, daß nach Abbruch der mörderischen Kämpfe im Westen der Zug des Friedens — angeföhrt der grauenhaften Opfer des Krieges zwar viel zu spät doch kommt mit. Dann werden unsere Genossen wieder heimkehren, und es gilt, für die Zeit der Heimkehrswirtschaft für sie zu sorgen, Arbeits- und Verdienstmöglichkeit von ihnen fernzuhalten. Es gilt, ihnen die Kreise zu halten, indem wir ihre Recht wahren. Und ihre Rechte wahren!

Das deutsche Volk kämpft seit fast drei Jahren gegen zahlenlose Gegner um seine Existenz. Wegen seiner Leidenschaft ist es als ein Volk von Helden gepriesen worden. Es gilt, aus dieser Lobpreisung die Folgerung zu ziehen, und zwar nicht erst nach Friedensschluß. Die volle Gleisbereitstellung in Reich, Staat und Gemeinde muß für alle Gottseligen durchgesetzt werden. Das muß die Sache sein, die für das ganze Volk berechtigt, wenn es die Waffen ablegt, um sich wieder im Frieden unter den schwierigsten wirtschaftlichen Verhältnissen der Arbeit zu widmen.

Die Zeit des freien Wahlrechts ist aber nicht nur für unsere Kämpfer braucht, sondern auch für unsere Frauen gebraucht. Sie haben in der Heimat in schwerer Zeit und unter einem die Seele zermürbenden Bangen um das Schicksal ihrer Lieben ausgehalten und damit allein den Überlebensstand der deutschen Volkswirtschaft ermöglicht. Wir fordern, daß den Frauen die gleichen Staatsbürgerechte nicht länger vorenthalten werden.

Noch ist der Friede nicht da! Über die Zeichen deinen, daß dieser grausame Krieg aller Seiten endlich seinen Höhepunkt überschreitet. In allen Ländern wird in den breiten Massen in freudigem Maße die Friedensschlußmeile zum Friedenswillen. Wir erwarten, daß dieser Frieden

will jetzt so erstarft, daß er die Kräfte niederzwingt, deren Politik geeignet ist, den Krieg sinnlos und zwecklos zu verlängern. Die Organisationen der deutschen Arbeiterschaft haben seit Kriegsbeginn ihren Friedenswillen betont. Sie waren unablässig bemüht, die Internationale der Arbeiter um das Programm für einen Frieden zu sammeln, der die politische Unabhängigkeit und wirtschaftliche Entwicklungstreiber der Völker gewährleistet, der von Annexionen absieht, die den Feind zu neuen Kriegen legen würden, und der die Gewalt der Dauer in sich trägt, weil er kein Volk demütigt.

Sondem das russische Volk in bewundernswertter Weise den Zarismus abgefeiert, nachdem die russische Arbeiterschaft gezeigt hat, daß sie nicht nur imstande ist, die Errungenheiten der Revolution zu sichern und zu festigen, sondern daß sie auch ihre Macht in die Hände des Friedens werfen will, dürfen wir erwarten, daß der Frieden siegt.

Für einen baldigen Frieden zu arbeiten, ist jetzt die wichtigste Aufgabe. Wir werden um so erfolgreicher für ihn und für die gesamte Zukunft der Arbeiterschaft wirken können, je weiter wir unsere Reihen schließen."

Die Mitgliederzahl sowie die Einnahmen und Ausgaben unseres Verbandes in den Kriegsmonaten.

Beispielsweise geben wir unseren Mitgliedern und den Kollegen im Kriegsdienst bekannt, welche Veränderungen durch erneute Einrichungen zum Militär und durch erfolgte Neuaufrnahmen von Mitgliedern auf Grund der eingestellten Beziehungen der Fachstellen im ersten Quartal 1917 in unserer Organisation vor sich gegangen sind.

Im Jahresabschluß 1916 hatten wir im Heeresdienst 2165 Mitglieder, am Schluß des ersten Quartals 32752, wonach eine weitere Einberufung von 1094 Mitgliedern, im Durchschnitt jeden Monat in diesem Quartal noch immer 160 Mitglieder, die einberufen wurden. An Mitgliedern im Arbeitsverband hielten wir noch 7462 auszuweisen, darunter 2346 weibliche Mitglieder. Deren Zahl ist seit Jahresbeginn etwas höher geworden, da ja die weibliche Arbeitskraft im Männerberufe immer mehr Eingang findet.

Die Zahl der Neuaufrnahmen hat sich gegen das Ende des Jahres wieder etwas gehoben und im Monat März sein längst Zeit wieder das vierte Hundert überschritten,

eine Folge eifriger Agitation unter den Jugendlichen. Die Werbe Kraft unserer Organisation ist noch immer nicht ganz erfüllt, wenn planmäßig dabei vorgegangen wird, wie der Erfolg beweist.

Das Beitragsverhältnis war im Monat Januar ein recht schlechtes und sank unter 4 Beiträge pro Mitglied, stieg dann im Februar wieder auf 4,4 und hielt sich im März auf dem alten Stand des allmonatlich berichteten. Bei der geringen Mitgliederzahl ist ein schlechtes Beitragsverhältnis doppelt fühlbar für unsere Finanzen. Hier darf der Eifer unserer Vertrauensleute nie erlahmen, wenn wir auf der Höhe bleiben wollen.

Die Einnahmen der drei Monate sind keine Einnahmen durch Beiträge der Organisation; sie bewegen sich auf der Höhe der laufenden Beiträge. Die Ausgaben sind die gleichen der früheren Monate und decken sich mit den Einnahmen im Quartal; irgendwelche Überschüsse zu erzielen wird der Organisation wohl auf Grund der geringen Mitgliederzahl und der vertigierten Beiträge nicht möglich sein. Beträgt doch die Zahl der Beiträge kaum noch ein Drittel dessen, was bei Ausbruch des Krieges im Monat Januar wurde. Im Monat März ist die Ausgabe über M 6000 höher als in den beiden Monaten vorher; in diesem Monat sind über M 5000 Druckerrechnungen für Zeitung und Anzeigen für die Kontingenzen bezahlt worden.

Die Arbeitslosenunterstützung ist nicht wesentlich höher geworden wie in den vorangegangenen Monaten. Ob das so bleibt wird, ist auf Grund der vermindernden Produktion noch nicht vorauszusehen. Die Kronenunterstützung ist erheblich gestiegen; die mangelhafte Ernährungsweise macht viele unserer Mitglieder arbeitsunfähig und krank. Eine Besserung hierin ist wohl schwerlich zu erhoffen. Die sonstigen Unterstützungen sehen sich zusammen aus Sterbegeltern, Umzugunterstützung und aus Unterstützungen, die der Verbandsvorstand für in Not geratene Mitglieder extra bewilligte. Auch das Tierhegebot hat in letzter Zeit erhöhte Beträge aufzuweisen als früher.

Noch immer steht der Weltkrieg; unser sehnlichster Wunsch wäre es, diesen Quartalsbericht als letzten während des Krieges veröffentlicht zu können. Leider ist noch keine Hoffnung vorhanden, daß unser Sehnen erfüllt wird. Um so mehr ist es Pflicht aller, nicht zu erlahmen und das Banner der Organisation weiter hochzuhalten; denn nach dem Kriege erwarten uns viele und jähre Ausgaben für unsere Organisation.

Arbeitsniederlegungen schuf, ist in den unzureichenden Maßnahmen auf dem Gebiete der Ernährungspolitik zu erkennen. Den Arbeitern und Angestellten ist bekannt, und die Ratswahl läßt sich nicht bestreiten, daß immer noch verhältnismäßig große Mengen wichtiger Nahrungsmittel außerhalb der Nationierung, jedoch nur zu Preisen, die von der erwerbstätigen Bevölkerung nicht gezaubert werden können, erhältlich sind. Diese Nahrungsmittel werden gerade vielfach von Kreisen dominiert, die nicht ihre volle Arbeitskraft in den Dienst der Landesverteidigung zu stellen genötigt sind. Das Verlangen, Maßnahmen zu rechter Erfassung und gerechter Verteilung der vorhandenen Nahrungsmittel schlußig herbeizuführen, hat im wesentlichen den Anlaß zu den Arbeitsseinschlüssen gegeben. Deshalb erwarten wir bestimmt, daß die in Aussicht gestellten und zum Teil in Angriff genommenen Maßnahmen zur Sicherung der Ernährung der Bevölkerung der Städte und Industriegebiete mit der nötigen Schärfe und Ausführlichkeit und dem dann zu erwartenden Erfolge durchgeführt werden. Damit würde der wesentliche Grund zur Beunruhigung der arbeitenden Bevölkerung genommen sein.

Des weiteren muß alles vermieden werden, was geeignet ist, bei den Arbeitern und Angestellten das Gefühl ankommen zu lassen, daß sie nicht die volle Beachtung und Wertschätzung ihrer Leistungen finden. Unzureichende Entlohnung, die Weigerung vieler Unternehmer, die Arbeitsleistung unter Berücksichtigung der für den Lebensunterhalt erforderlichen Auswendungen zu bezahlen, unzureichende Fästen bei der Durchführung des Hilfsdienstgesetzes, die vielfachen Versuche, die durch Gejagte der Arbeitnehmerkraft angestrebten Rechte einzuschränken oder zu beseitigen, sind geeignet, eine große Misstrauensmung und letzten Konkurrenzstoff zu erzeugen. Beider haben viele Unternehmer vornehmlich in der Großindustrie, auch während der langen Dauer des Krieges sich nicht von den Methoden der Behandlung der Arbeitnehmer freigemacht, die schon in Friedenszeiten zu großer Unzufriedenheit und zu schweren Kämpfen führten, und die auch jetzt unausgesetzte Neuerungen herorruhen. Hier eine Aenderung herbeizuführen, sollten sich Staats- und Heeresleitung nachdrücklich angelegen sein lassen.

Wir werden immer wieder darauf hinweisen, daß diejenigen sich an unserm Lande versündigen, die durch militärische Herabminderung der Lieferung von Waffenmitteln die Widerstandskraft unserer Truppen schwächen. Auf der andern Seite muß aber auch alles getan werden, was erforderlich ist, die Leistungsfähigkeit der Heimarmee zu erhalten. Werden die Pflichten mit dem tiefen Ernst, den die gegenwärtige Zeit erfordert, von allen Seiten erfüllt, so wird unser deutsches Volk auch diese schweren Wochen des durchbrochenen Weltkrieges bestehen.

Ein Exzellenz bitten wir, dem Herrn Generalstabschef von Hindenburg von diesem Schreiben Kenntnis zu geben.

Zur Acquiescierung.

Getrieben durch die Vorgänge in Russland, haben ja auch die bürgerlichen Parteien im Deutschen Reichstag, mit Ausnahme der Fürrer und einiger Schwerindustrieller, gezwungen, einen fristigen Rückzug vorwärts zu machen, um man wird nicht ganz fehlgehen, wenn man annimmt, daß wir die Oberhoheit des Kaiser der manhaftesten Stellung des Reichstages im wesentlichen zu danken haben. In den bürgerlichen Tagesblättern sehe über diese Oberhoheit ein Jubel ein, als hätten wir schon alle unsere Wünsche unter Dach und Fach. Wer aber gewohnt ist, in ehrlicher, zäher Arbeit für die Interessen des arbeitenden Volkes zu wirken, der findet sich in diesen heissen Verlangen nach Freiheit und Gerechtigkeit doch nach enttäuscht. Wie viele Versprechungen der regierenden Männer sind schon gemacht worden und doch nicht eingehalten. So ein Versprechen wurde zunächst eingeholt, und wenn dadurch die Regierung wieder fest im Sattel sitzt, dennoch wieder die ganze Glorie über den Haufen geworfen. Auch unter den Hohenzollern ist alles schon vorgegewesen. Warum unbedeckte Herrscherversprechungen nicht eingeholt wurden, wissen am besten die Gesinnungsrennen der Leute, die am 28. März im Deutschen Reichstag gegen die Einsetzung des parlamentarischen Verfassungsausschusses gewettert und gestritten haben. Die Leute befinden sich unter einer möglichst starken Autotrotz am wohlfühlen, und sie glauben es nicht richtig zu haben, daran zu denken, daß unter ihnen noch rund 60 Millionen Menschen in Deutschland leben, die genau wie sie als Staatsbürger geboren sind und im Verhältnis zu ihrem Einkommen nicht die wenigsten Steuern direkt und indirekt zu zahlen. Diese Herren haben anscheinend noch immer nichts davon gehört, daß die Männer der Arbeit an den Freiheiten Schütteln des Vaterlandes geworden sind! Sie haben annehmen noch etwas vernommen von der höchsten deutschen Augenkreise gegen Kreise! Hat vielleicht die Reichstagsmehrheit am 28. März verlangt, daß Deutschland in Zukunft auf dem Kopie liege, so darf die Weisheit unter den Weisen diesem Verlangen nicht zustimmen können? Nein! Es handelt sich mit darum, für gleichsichtigen ein gleiches Wahlrecht zu erhalten und damit eine bessere Grundlage der gesetzgebenden Körperchaften zu schaffen.

Unter den heutigen Verhältnissen läßt es sich auch nicht mehr aufrecht erhalten, daß ein Wählervetreter 154 000 Stimmen auf sich vereinen müßt, während im bayerischen Wahlkreis Dinkelsbühl-Lettungen der konervative Abgeordnete mit 6000 Stimmen als Geschiebter nach Berlin zieht. Es geht nicht mehr, daß Berlin mit rund 2 Millionen Einwohnern mit 61 Abgeordneten wählt, während Wahlkreise vorhanden sind, die möglicherweise 100 000 Einwohner zählen. Es kann und darf auch nicht mein Wunsch, daß das ganze deutsche Volk durch die Mehrheit junger Männer im Kreislichen Landtag regiert wird. Es kann nicht mehr zugelassen werden, daß untaugliche Diplomaten lediglich auf Grund ihrer Abstammung auf die verantwortungsvollen Posten kommen und dem Volk gegenüber selbst bei den blumpräsenten Ungleichheitkeiten nicht einmal verantwortlich sind. Aber schon die Vorfahrt der Abwicklung dieser ungerechten Wählweise hat die heutigen Jungen der verunsicherten Fürrer enttäuscht.

Monat	Neuan-	Zum	Spa-	Am	Zu je	Gin-	Ausgabe der Hauptverwaltung						
							zu-	größt-	Arbeits-	Reisen-	Kranke	Ganzer-	
	von	mit-	berne-	mit-	ein-	zu-	zu-	größt-	Arbeits-	Reisen-	Kranke	Ganzer-	
	Mit-	glieder	mit-	mit-	mit-	zu-	zu-	zu-	zu-	zu-	zu-	zu-	
1914: Durchschnitt von Januar bis Juli	845	—	29116	93243	3,20	51307	45688	11605	833	10495	—	1694	
Juli	122 ¹	8211	8211	20587	69455	3,37	37036	37983	16115	198	7041	—	696
September	363	1709	9320	19266	57813	3,52	37500	43987	15668	101	2193	17050	770
Oktober	484	857	10777	18893	67890	3,54	37108	40803	5535	71	1476	18180	838
November	536	1276	12058	18153	64227	3,54	53902	46389	4268	15	1286	16825	1239
Dezember	361	960	13013	17554	64617	3,68	36356	44873	3551	52	1207	18710	508
1915: Januar	440	861	13874	17133	59435	3,47	31892	40363	3984	61	1166	18610	892
Februar	571	2140	16014	15364	58455	3,48	28667	39076	6483	108	1554	19650	572
März	526	2629	18643	19298	48997	3,77	28111	26667	6139	107	1713	1460	646
April	448	1074	19717	12363	47166	3,81	25413	24145	4585	148	1305	140	560
Mai	311	541	20252	12133	41169	3,39	22923	18777	1513	65	1114	—	840
Juni	501	1069	21327	11365	40801	3,59	21650	16191	931	16	1274	—	617
Juli	353	935	20282	10763	42865	3,43	22932	17701	706	—	2351	—	655
August	492	575	22657	10680	41829	3,91	22955	16057	565	—	2807	—	525
September	457	939	23796	10198	39557	3,88	26593	16166	704	—	2745	—	524
Oktober	452	782	24578	9868	40946	4,15	22926	12981	656	5	2617	—	306
November	410	876	25454	9402	37915	4,03	23724	20291	513	13	2444	—	458
Dezember	290	582	26036	9110	49541	4,75	45079	39992	498	38	2604	53475	815
1916: Januar	346	465	26501	8991	37279	4,15	19444	13503	1144	37	2522	2180	528
Februar	385	442	26943	8934	36940	4,14	19551	14048	1013	21	2657	2382	715
März	461	566	27509	8829	36262	4,11	19257	25539	1372	—	3173	2275	826
April	379	467	27976	8741	35524	4,06	18508	13098	—	2758	2381	754	
Mai	337	417	28393	8661	35811	3,90	19172	16548	2035	—	2734	2350	520
Juni	302	408	28801	8555	34866	4,07	19264	18767	1524	18	2502	2288	681
Juli	279	319	29120	8515	35029	4,12	18714	15527	1399	21	3167	1983	490
August	251	411	29531	8355	35627	4,26	19359						

Unser gewerkschaftlicher Sinn für Gerechtigkeit fordert aber noch mehr! Wir verachten es zum Beispiel nicht, wenn wir auf der einen Seite für Freiheit und Gerechtigkeit unser Leben, unsere Kinder und unsere Gesundheit hingeben sollen, während das freie Wort, das man durch die Presse zu den Kollegen sprechen will, einer hohen Genehmigung unterliegt. Wir haben es nicht verstanden, warum Arbeitgeber Zwangorganisationen errichten dürfen, als Zwangsummung — durch Beihilfe oft nur weniger Mitglieder — den Beitritt zum Arbeitgeberverband durchsetzen, während die Arbeiter als deutsche Staatsbürger in Versammlungen nicht einmal ihre Muttersprache anwenden konnten. Erst in den letzten Tagen ist dieser Jammer von uns genommen worden. Aber die großen Domänenbesitzer des Ostens haben noch immer das Rücktigungsrecht gegenüber ihrer Arbeiterschaft, während die Arbeiter durch die Behörden gezwungen werden können, auf ihren Arbeitsplatz zurückzufallen. Wir versuchen es nicht, meßhaft die Regierung den Bürgern des Unternehmertums bei jeder Gelegenheit missfällig aufgezeigt zu haben, während man die Erfüllung der Forderungen der Arbeiterschaft ins Unendliche hinauszieht und vor lauter „geneigtem Wohlwollen“ ja schließlich ganz verzögert. Sind die Regierungen nicht dann, wenn es um ihr eigenes Interesse geht, in der Lage, schnell und fällig Verordnungen zu erlassen? Ist an möglichen Stellen auch wie die Tatsache vorgetragen worden, daß gerade die Arbeiter die Schultern des Staates sind? Es ja! Schon öfter als angenehm war. Aber die Arbeitgeber wollten bisher die Zeichen der Zeit trotzdem nicht verstehen. Sie wollen nicht begreifen, daß die Grundlagen der Siedlung des Volkes eine Höchtleistung von acht Stunden Arbeit des Tages ist, daß dazu eine Entlohnung gehört, die der Familie — ohne Rücksicht der Familiengröße — ein gutes Auskommen sichert. Am wenigsten verstehen wir es, wenn sie unsere hohen Herren und weisen Gelehrten so viel über Geburtenförderung den Kopf zerbrechen und dabei wohlgefällig zwischen, wie kinderreiche Familien aus den Wohnungen verwiesen und die Mietsreize ohne Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit der Mieter in empörender Weise gefeiert werden. Die kinderreiche Familie hat noch kein Recht auf eine menschenwürdige Wohnung. So will es die „gottgewollte“ Ordnung. Ja — der Arbeiter hat noch nicht einmal ein Recht auf Arbeit! Bis der Arbeitsmarkt überfüllt ist kann er sehen, wie er seine Familie durchbringt. Er ist vogelfrei, während der Arbeitgeber auf Grund seines Unberücksichtes, den ihm der Arbeiter herauftut, schwere Zeiten meist sorglos überdauert.

Wenn die Regierungsmänner die Zeichen der Zeit verstehen würden, so müßte in kürzester Zeit das Wahlrecht im Reich und in allen Einzelstaaten so geregt werden, daß die Körperschaften ein wirtliches Spiegelbild der Volkszählung aufzeigten. Dann würden auch bald Freiheit und Gerechtigkeit geschaffen werden, und dann würde auch nicht mehr über die „Disziplin“ des Volkes gesagt werden können. Unter Disziplin verstehen wir unsere Einordnung in die Kürze der Rechtheit des Volkes auf Grund einer wirtschaftlichen Volkszählung oder einer Volksvertretung, die nach dem allgemeinen, gleichmäßen, geheimen und direkten Wahlrecht auf Grund von Verhältnismäßigkeiten ihr Mandat ausübt. Und wenn Kaiser und Kaiserin die ausgewählte starke Sprache, die sogar ein Dr. Stresemann im Reichstag führte, verstanden hätten, so wäre das deutsche Volk nicht wieder auf Reformen bis nach Ende des Krieges vertröstet worden!

Folgen des Außenhandelsverbotes und der neuen Großteilung in Dresden.

Für das gesamte Königreich Sachsen ist vom Ministerium eine Verordnung erlassen worden, wonach vom 16. April an die Herstellung aller Arten von Stoffen verboten werden soll; mit dieser neuen Verordnung trat auch die neue Brotzteilung in Kraft. Die Maßnahmen haben einschneidende Wirkungen gebracht. Eine große Anzahl von kleinen Bäckereien hat ihren Betrieb geschlossen, da das Quantum der herzustellenden Ware immer geringer wurde. Mehr und mehr gehen jetzt die kleinen Bäckereien dazu über, ihre wenige Backware in andern Bäckereien mit herstellen zu lassen. Eine Zusammenlegung der Betriebe ist auf diese Weise zu verzeichnen, die täglich immer mehr an Ausdehnung gewinnt. Dadurch treten aber auch Folgen auf, die das Erwerbsleben unserer Kollegen weiter stark beeinträchtigen. Viele der bisherigen Bäckermeister kommen jetzt, infolge der Schließung ihrer Betriebe, auf die Arbeitsnachweise und reiseln auf Stellungen in Konjunkturwägen und Brotfabriken! Mancher, der früher die Organisation bekämpfte, findet jetzt, durch die Umstände gezwungen, den Weg zur Organisation, in der Hoffnung, daß durch eine aufgezahlte Arbeitsstelle bekommen zu können. Mehr und mehr werden aber auch die wenigen Gesellen entlassen, die bisher noch in den Betrieben beschäftigt waren. Die Arbeitsgelegenheit im Berufe für diese schwindet, infolge dieser Verordnungen nun immer mehr; zumal jetzt in allen Annunzien die Lohnerhöhung der Lehrlinge stattfindet. Diese Losprechnungen fallen in diesem Jahre wieder außerordentlich reichlich aus; sie sind in der Kriegszeit überhaupt von Jahr zu Jahr enorm gestiegen. Die jungen Gesellen müssen nun ebenfalls durchweg ihre bisherige Arbeitsstelle verlassen und leiden also auch schwer unter den neuen Verordnungen. Die Zahl der neu eingetragenen Lehrlinge in den Annunzien ist in diesem Jahre gleichfalls wiederum erheblich gestiegen; die Produktion aber geht immer weiter zurück, und als Folge bereitet zurzeit hier eine folstale Arbeitslosigkeit, die so schnell nicht wieder verschwinden dürfte. Mancher ehrsame Meister, der in der Haltung von Lehrlingen des Guten zu viel getan hatte, ist jetzt sogar gezwungen, seine Lehrlinge bei anderen Meistern mit unterzubringen, was aber sehr oft nicht möglich ist. Niemals wird dann das Lehrverhältnis gelöst, obwohl der Lehrling schon zwei Jahre und darüber gelebt hat. Ja, es kommt sogar vor, daß Lehrlinge einfach vom Lehrherrn fortgeschickt werden mit den Worten: „Es ist ja doch nichts mehr zu tun, such dir nur eine Arbeit in der Munitionsfabrik!“ Viele solcher Lehrlinge kommen dann auf unsern Verbandsarbeitsnachweis und kaufen eine andere Lehrlinie oder Arbeit. Die Ausnützung

nahme auf diese jungen Leute sollte aber doch die Annunzien veranlassen, ein wahrhaftes Auge auf die neu eingetragenen Lehrlinge der einzelnen Meister zu haben, wenn nicht der Glaube erzeugt werden soll, daß es den Meistern lediglich nur um billige und billige Ausbeutungsobjekte zu tun sei. Ist den Meistern das fernere Fortkommen der ihnen Unterstauten gleichgültig? Ein derartiger ungewönder Zustand hat in dieser Beziehung in den letzten Kriegsjahren in anderer Form Platz gefunden; er muß uns zu denken geben, und wir müssen bei zentraler Stellung dazu nehmen. Die neuen Verordnungen tragen also dazu bei, nicht nur die geschäftliche Lage der Meister und Annunzien ungünstig zu beeinflussen, sondern ganz besonders müssen unsere Kollegen hierunter leiden.

Die Verordnungen haben auch die Trennung gebracht zwischen Bäckereien und Bäckereien. Während bisher in den meisten Bäckereien auch Bäckware hergestellt wurde, darf diese in Zukunft nur noch in sogenannter Motorenware von denjenigen hergestellt werden, die der Bäckereienleitung angehören. Die Bäckereien haben sich nun zu entscheiden, ob sie nur Brot und Brot herstellen wollen oder einige freigegebene nicht von Getreidemehl hergestellte Bäckware. In diesem Falle müssen sie auch Brot und Getreideentnahmen vornehmen. Wie uns mitgeteilt wird, sollen die Bäckereien mit dieser Regelung ganz zufrieden sein; denn nun glaubt man die laufende Konkurrenz der Bäckereien nicht mehr fürchten zu brauchen. Die Annunzien zu den Bäckereienleistungen sollen über auch schon einen großen Umfang angenommen haben. Ob dieses den Bäckereien angenehm sein wird? Was der Krieg nicht alles für Blüten zeitigt!

Verbandsnachrichten.

Dattung.

Vom 23. bis 28. April gingen bei der Hauptstelle des Verbandes folgende Beiträge ein:

Für März: Duisburg M. 56,65, Königsberg 54,05, Karlsruhe 7, Krautstein 32, Nürnberg 418,86.

Von Einzelzahler in der Hauptstelle: M. B. Grabow i. M. 4,45.

Für Abonnements und Annoncen: Berlin M. 10,50, S. Berlin 5,10, Krautstein 6,90.

Der Hauptkassierer. D. Freitag.

Sterbetafel.

Duisburg. Bertold Scholl.

Münster. Asmus Jackobson.

Lübeck. Karl Jahn, Bäcker, 47 Jahre alt, am 26. April.

Kriegsverluste des Verbandes.

Bezirk Magdeburg. Wilhelm Jakobs (Tangermünde), Bäcker, 24 Jahre alt, gefallen am 9. April.

Bezirk Nürnberg. Johann Klöpfel, Bäcker, gestorben infolge einer Krankheit am 19. April in einem Nürnberger Lazarett.

Entschuldigungen und Andenken!

Jahrbewegungen und Stricks.

Bücher.

Die für den Jahrgangsbezirk Magdeburg bräuchbarste Tarifstündigung wird, nachdem eine Jahrgangssitzung am 23. April sich mit der Angelegenheit eingehend beschäftigt hat, nicht zur Ausführung kommen. Da der Sitzung bei der Obermeister Lehner darauf hingewiesen, daß nach Erklärungen unserer Bezirksleitung sich die Gehilfenorganisation ein derartiges Vorgehen der Führung auf keinen Fall werde zuhig gefallen lassen und sie noch während der Kriegszeit einen andern Tarifabschluß zu erzielen wünsche werde. Die öffentliche Meinung werde in einem solchen Falle auch auf Seiten der Gehilfenorganisation stehen. Auch andere Meister wandten sich entschieden gegen den zuerst gesetzten Plan, und die namentliche Abstimmung ergab dann, daß nur die Meister Jacob Breißl und Johann Schwarzer an der Kündigung festhalten wollten.

Fabrikbranche.

Die Firma **Wassel und Wisselschmidt Schneider & Co.** in Dresden beschäftigt schon seit gerawnter Zeit eine Anzahl Arbeitnehmerinnen, die mit solchen Arbeiten beschäftigt werden, die früher von Männern (Bäckern) verrichtet wurden und sind. Die Arbeit bestand durchweg in Bäckerarbeiten sowie Auf- und Abladen und Transportieren schwerer Kisten. Die Löhne hierfür waren immer noch recht niedrig, und seit längerer Zeit herrschte unter den neun hierbei beschäftigten Arbeitnehmerinnen starke Unzufriedenheit. Den Weg zur Selbsthilfe, zur Organisation konnten sie aber nicht finden. In den letzten Wochen wurden einige Betriebsversammlungen abgehalten, und da schlossen sich diese Arbeitnehmerinnen unserm Verbande an. Es wurde hierbei der Wunsch geäußert, doch an die Firma um höhere Bezahlung heranzutreten. Dictem berechtigten Wunsche ist die Zahlstellenleitung nachgekommen. Die Folge ist, daß die Firma diesen neuen Arbeitnehmerinnen den Stundenlohn um 2,- erhöht hat. Mit dieser Regelung nun auch als kleine Ideale zu bezeichnen, denn ohne Zweifel ist eine Zulage von 2,- pro Stunde kein genügender Ausgleich für die schwere ungeheure Leistung und nicht angemessen der schweren Arbeit, die die Arbeitnehmerinnen zu verrichten haben, so ist es immerhin bei einer öftersindigen wöchentlichen Arbeitszeit für jede Arbeitnehmerin pro Woche ein Mehrverdienst von M. 118,- oder pro Jahr von M. 60,32. Diese neuen Arbeitnehmerinnen erhalten zusammen im Jahre rund M. 52,88 mehr. Das ist als ein schöner Erfolg dieser neuen Verhandlungen zu bezeichnen. Wir sehen an diesen kleinen Beispiele wieder, daß der Ver-

bund reichlich für alle wichtig und wilen kann, wenn nur die Kollegen und Kolleginnen den Weg in die Reihen des Verbandes finden. Darum auf, Ihr Kollegen und Kolleginnen, tretet ein in die Reihen Eurer Organisation und stärkt Ihre Reihen und Eure Interessenvertretung!

Erhöhung der Feuerungszulagen bei der Firma **Reiters Bauspedagogen, Abteilung Scholade und Sekretariat, in Bremen**.

Bei genannter Firma wurden ab 1. April die Feuerungszulagen verdoppelt. Es erhalten nun mehr die Männer wöchentlich M. 6,- unter 21 Jahre alte M. 3,- Arbeitnehmerinnen M. 4 und M. 2 wöchentlich. Dadurch sind noch die übliche halbjährliche Lohn erhöhung statt (5 und 10,- pro Tag). Leider war deneinfachheit die Arbeit in ich berücksichtigt. Wir haben uns vor einiger Zeit an dieser Stelle damit beschäftigt und wossten, daß hier Beziehung der Verhältnisse eintreten würde. Letzteres war aber nicht der Fall, und wir müssen leider feststellen, daß die Firma sich eine große Rücksichtlosigkeit gegenüber diesen Arbeitern in dieser traurigen Zeit zuzuladen kommt läßt. Letzen Endes ist es allerdings die Gleichgültigkeit der Arbeiterschaft selbst, die es verhindert, daß in geöffneter Organisation das erklängt wird, was ihr Rechts wegen zusteht. Wo keine Einigkeit, da keine Macht! Das sollte die Arbeiterschaft der Firma Reiter endlich beherzigen lernen!

Korrespondenz.

Bücher.

Frankfurt. M. Eine gut besuchte öffentliche Bäckerveranstaltung fand am 21. April bei Lieber, Vorplatz. „Die wirtschaftlichen Umlösungen während des Krieges, besonders aber in unserem Berufe“, so lautete das Thema, über welches Kollege Ullmann in sehr eingehendem Maße referierte. Er führte ungefähr folgendes aus: Wir freuen uns sehr vor dem Ende des dritten Kriegsjahrs. Doch ist niemand in der Lage, sagen zu können, wann der lang ersehnte Frieden seinen Einzug hält. Wenn es sich allein um Geldbeschaffung handelt, dann könnte man zu dem Schluß kommen, Geld geht in Deutschland nicht aus, mindesten kann die Kriegsbeendigung noch recht lange auf sich warten lassen. In letzterer Frage scheben wir noch vollständig im dunkeln. In der Kriegsindustrie finden wir Gelernte und Ungelernte. Lerngeannte dürften wohl zwei Drittel aller Beschäftigten ausmachen. Die Frauen- und Mädchenarbeit habe riesig zugenommen, und sie verteile sich fast auf alle Gewerbebezirke. In unterm Gewerbe haben wir eine Masse von Verordnungen beobachtet. Auch die Rationierung der Lebens-, Gemüse- und Fleischsorten ist für unser Gewerbe guter zur Einführung gelangt. Sämtliche Schokoladenbäcker sind beschäftigt und dieser Industriezweig liegt fast vollständig still. Zur Fabrikierung von Bäckwaren werden nur noch 25,- pro Stunde des bisherigen Verbrauchs veranschlagt. Vor dem Kriege konnte man in dieser Branche 48 000 Beschäftigte zählen, heute werden es kaum noch 8000 sein. Die Reaktivierung in Deutschland wurde fast völlig eingestellt; von der Leo- und Sonnenblumenfaser kann man das gleiche saggen. Die Zusammenlegung der Bäckereibetriebe ist wohl noch nicht reihengleich angeordnet worden, aber wohl beijährig sind einzelne Kommunalverbände und einige Firmen damit. Besonders Städte haben die Zusammenlegung schon. So seien mir eine Umlösung auf allen Gebieten. Trotz der gewaltigen Umlösungen sind die Gewinne durch Verordnungszulagen erhöht worden. Die Organisation hat fast an allen Orten Feuerungszulagen erreicht. Um weiteren Aufbau der Organisation muss mit vereinten Kräften überall eingestellt werden, um jederzeit schlagfertig und gerüstet zu sein. Lebhafte Beifall wurde den interessanten Ausführungen gezollt. Nachdem in der freien Aussprache zum Thema passende örtliche Verhältnisse gestreift und eine Anzahl Selbstmöglichkeiten übermittelt waren, wurde die imposante Versammlung geschlossen.

Saarbrücken. Am 22. April fand in Saarbrücken, Kleinstadt 6, eine gut besuchte Bäckerveranstaltung wegen der Verherrungsfrage statt. Hierzu wurde nach den Einsätzen ein Beispiel beigegeben, wie unter dem Hilfsdienstgefecht die Meister mitunter teilnahmen. Gehilfen 16 bis 18 Stunden arbeiten lassen, ohne die geschätzten Nebenstanden zu bezahlen. In Euskirchen wurde sold ein Meister von der Schlachtkommission verurteilt, die Stunde mit 50,-, also pro Woche M. 10, zum Bruttolohn zu zahlen. Zum Punkt Schafstellen und Viehfehler wurde ein Brief vom Kollegen Joh. Lehmann (Kunzsch) verlesen, daß es zu tun wäre, daß die Bäder in Saarbrücken mal ein ordentliches Fests feiern, in welchem der alte Schlädelkram sowie andere Fehler nicht mehr in Frage kämen. Besonders hervor in Saarbrücken noch die Sitten, Sitten zu verlaufen, was von unlauteren Sittenmeistern betrieben werden. Dazu wurden Preise von M. 20 genommen, weil man einfach behauptet, die Sitten ist sehr gut. Damit sind noch der Bäcker wie der Meister ungehört, weil beide nachher nicht zusammen hängen und anderer mehr. Deshalb müssen Meister wie Gehilfen sagen, daß diesem Bäcker ein Ende gemacht werde. Es wurde einstimmig das Fests des Herrn Klumpp gewählt und beschlossen, in der Saarbrücker Zeitung zu veröffentlichen: „Für Bäcker gehilfen: Schafstellen und Viehfehler.“ Gleichzeitig wurde ein Schrift, Hein Klumpp, Saarbrücken 2, Bleichstraße 6. Den Bäckermeister, Leibniz, Gehilfen gehörten, hielten es am ehesten. Ob die Versammlungen dort abzuhalten sind, wurde dem Verstande überlassen. Nun haben die Bäder Saarbrückens ein angenehmes und brauchbares Fests; mögen die Kollegen dort auch selbst auf Gedächtnis halten und ihr Benehmen danach einrichten! Es wurden noch einige Sitten aus dem Felde vorgelesen und darauf hingewiesen, daß die daneben gehörigen Kollegen mehr Antwort schreiben möchten. In der Sache Bäcker wurde hervorgehoben, daß die Kollegen eben zu wenig geschult sind zu leicht sind, sonst würden sie mehr darauf halten, beim Stellenwechsel ihre Adressen an Ottweiler zu senden; dann würden solche Sachen weniger vorkommen. Es wurden drei Anträge gemacht.

Schlagzeile.

Die zentralistische Wehr verhindert Brotbau am 20. April. Am zum vergangenen Judentag hatte die Leipziger Brotzehrungsstelle der Gemeindebüro in Leipzig eine Sitzung mit achtzehn Repräsentanten vereinbart und stimmberechtigte übermitten drei Mauern fallen zu lassen werden. Der Innenrat der Gewerkschaften beschwerte sich gegen die Brotzehrungsstelle und verboten, daß Mauern fallen zu lassen werden. Der Innenrat in der gewandten Weise bestätigte gleichzeitig Brotzehrung zu lassen und das zu überlassen. Brotzehrung hat dies dennoch noch getan und für keine Brotzehrungen von Bürgern ab 60 verboten; Brotzehrung ist gegen die gesetzlichen Maßnahmen an den Brotzehrungsstellen Mauern für 1.300 und Mauern gegen 1.300 Brotzehrungsstellen und davon von der neuen 32. Sonder-Mahl. Dieses Mahl gab es den Rentner für 4.00 bis 75 zu einem Studenten 25 ab, den er in seinem Wohnungsräum zu einem hörte, und 25 hat das Mahl als Mauer zu den Leipziger Brotzehrungsstellen. Die genannten Personen trugen dem Studenten 25, gegen den nicht verhandelt werden sollte, da er zum Gewerkschaftsmitglied eingetragen ist, das von dem Brotzehrungsstellen zu übernehmen, die Brotzehrung hat das Ergebnis, daß der Angeklagte Brotzehrung gegen die gesetzlichen Gewerkschaften, der Angeklagte Brotzehrung gegen die gesetzliche Brotzehrung zum Brotzehrung zu neuen Mauern Gewerkschaften und zugesagten Verlust des bürgerlichen Gewerkschafts- und der Angeklagte Mauer wegen bestellt, zu zwei Monaten Gefangenstrafe verurteilt wurden. Die drei Angeklagten Brotzehrer wurden freigesprochen, da das Gericht ihnen plauderte, daß sie von den anderen Brotzehrern durch die das Mahl in den Räumen des 25. gezwungen waren, nicht gewusst hatten.

Der Streit über Gütererhebung und den Zuschlag in Berlin. In der am 11. April hinzugehobten Belehrungsankündigung der Kaiser-Bürgerschaftsleitung steht der Obersteuerrat auf, daß die Befreiungen der Gütererhebung gegen Rebsammler und Weinbauern ausgenommen seien, daß ein Drittel aller Gütererhebungen und dem Staatsrat in Berlin getragen sei. Am 12. April wurden in Berlin nicht weniger als 45 Gütererhebungen durch die Behörde ergriffen und waren so zu bestimmen, wie anderer Gütererhebung mit dem ihm am 11. April gegebenen Mahl umgesetzten sei.

Wiederholter Antrag auf die Rücknahme der Brotzehrung in Berlin. Hugo Schmidt, in Gemeinschaft mit den Landesbeamten Höglund, Stoeckig, Körne, Schäferer und Paul Schäferer vor dem Reichstag am 10. zu verhandeln. Die beiden Reichstags- und Volksabgeordneten fragten gemeinsam, obwohl der Reichstag keine Brotzehrung. Der Angeklagte Schmidt hat als Erklärende bei den Brotzehrungen Gewerkschaftsmitglieder, einen Arbeitgeber und einen Sozialdemokraten und einen Sozialdemokraten gewählt. Vom Reichstag wurde das zweite Mahl und zahlte für die summe Brotzehrung 1.300. Die übrigen Angeklagten sollen den Angeklagten Schmidt und Paul Schäferer zu ihrer Überzeugung bestätigt haben. Das Gericht entschied, daß man mit gewohnten Soßen und Suppenflocken keine Brotzehrung einer übermäßigen Brotzehrung im Sinne des Gesetzes wohl nicht begehen kann. Dagegen wurde der Angeklagte Schmidt des Diebstahls, der Hugo Schmidt des Betriebsverstosses und der Angeklagte Stoeckig der Verwirrung verdächtigt. Hugo Schäferer wurde freigesprochen. Hugo Schmidt und Paul Schäferer zu einer kleinen Brotzehrung verurteilt; gegen William Morrison wurde mit einer langen Strafe bestraft, und der Angeklagte Hugo Schmidt wegen Schwäche zu einer kleinen Brotzehrung verurteilt.

Schlagzeile.

Die Befreiung eines Brotzehrungsstellen bei den Reichsbahnbeamten kann nicht bestehen. Ein dem Reichstag angeklagter Geheimrat in über im Jahre 1910 geschrieben. Damals wollte die Reichsbahnamt bei Gewerkschaften nicht als Vertreter der Arbeiter in den Arbeitsaufgaben geladen. Angeklagten hat das Werk nicht zur Gewerkschaft, sondern die Befreiung der Befreiung in einem Bericht über die Befreiung zu einem neuen Befreiung.

Internationales.

Die Tugend im Norden und im Süden. In Holland willzieht sich der Vormarsch der Tugarden in anderer Weise als in den meisten anderen Ländern — die einzelnen Städte und Gemeinden gehen voraus, eine der Städte eingesetzt. Dieser Brüderlichkeit hat schon eine ganze Reihe — gegen 50 — größere oder kleinere Bezirke weichen können, wo durch die Behörden ein Nachbarverbund erlassen worden ist. In der letzten Zeit wurden gewählt: die Gemeinden Heerenveen, Puttemers, Emden, Enschede, Voorburg, Gochsheim, Katwijk, Edam, Baarn, Wageningen und Velsen. In der letzten Nummer werden noch als hinzugekommen geschilderte Haarlemmer, wo zunächst ein Verbot auf ein Jahr ergangen ist, in Winschoten ist die Besiegung am 3. April erfolgt, in Sneek wurde am 26. März beschlossen, die Nacharbeit in der Zeit von abends 6 bis morgens 6 Uhr zu verbieten. Zum Teil sind es in Holland die Bäckermeistervereine, die sich gleichfalls an die Gemeinden in ein Nachbarverbund wenden. So haben auch die Bäckermeister von Heerenveen sich an die Gemeinden

von Schoterland, Haskerland, Opsterland und Groningen mit dem Versuch gewendet, die Nacharbeit abzuschaffen. In Dokkum interpellierte der sozialdemokratische Gemeindevertreter. Es wurde ihm geantwortet, daß wahrscheinlich binnen Kurzem ein Verbot erfolgen werde. In Amsterdam wurde in der Gemeinderatssitzung vom 4. April über eine Adresse unserer Bruderkonvention in dieser Frage verhandelt; eine baldige Vorlage wurde in Aussicht gestellt. Auch in Haarlem und Friesland ist die Sache in Angriff genommen und wird bald reguliert werden. Die allgemeine Fortschreibung der Tugarbeit für die Bäckerseiten ist wohl nur noch eine Frage der Zeit! — Kurz vor Redaktionsschluss erfahren wir noch, daß in Amersfoort, Alkmaar, Haarlem, Naarden, Den Haag, Dordrecht und Gorinchem die Nacharbeit bereits bestellt ist oder es bald wird.

Schlagzeile.

Die Brotzehrung in Sachsen-Anhalt: eingetragene Gewerkschaften schafft nach den eingesetzten Befreiungen einen Haushalt von 184.510.380,74 Kronen (1915 und 71.500.000 Kronen). In der Brotzehrung wurden für 17.068.385,11 Kronen Brotzehrung eingesetzt. Der Brotzehrung betrug 7.793.202,51 Kronen.

Die Brotzehrung in Sachsen-Anhalt: erzielte im berücksichtigten Jahre einen Brotzehrungsertrag von 1.300.804,21 Kronen. Von den drei Brotzehrungsbetrieben erzielten vier und mehr jeder zweite Brotzehrung, während die drei einzigen in Sachsen-Anhalt erzielten einen Verlust. Die Spitzen der Brotzehrung und Brotzehrungsbetrieb erzielten keinen Verlust. Die Spitzen der Brotzehrung und Brotzehrungsbetrieb erzielten einen geringen Verlust. Die Spitzen der Brotzehrung und Brotzehrungsbetrieb erzielten einen Verlust mit 6.222.950,10 Kronen ab.

Schlagzeile.

Der Brotzehrung in Sachsen-Anhalt: erzielte im Berücksichtigten Jahre einen Brotzehrungsertrag von 1.300.804,21 Kronen. Von den drei Brotzehrungsbetrieben erzielten vier und mehr jeder zweite Brotzehrung, während die drei einzigen in Sachsen-Anhalt erzielten einen Verlust. Die Spitzen der Brotzehrung und Brotzehrungsbetrieb erzielten keinen Verlust. Die Spitzen der Brotzehrung und Brotzehrungsbetrieb erzielten einen geringen Verlust. Die Spitzen der Brotzehrung und Brotzehrungsbetrieb erzielten einen Verlust mit 6.222.950,10 Kronen ab.

Die Brotzehrung in Sachsen-Anhalt: drei Brotzehrungsbetriebe von Hermann Lüttich, Dr. Lüttich und Hermann Schöppel erzielten einen Brotzehrungsertrag von 1.300.804,21 Kronen. Von den drei Brotzehrungsbetrieben erzielten vier und mehr jeder zweite Brotzehrung, während die drei einzigen in Sachsen-Anhalt erzielten einen Verlust. Die Spitzen der Brotzehrung und Brotzehrungsbetrieb erzielten keinen Verlust. Die Spitzen der Brotzehrung und Brotzehrungsbetrieb erzielten einen geringen Verlust. Die Spitzen der Brotzehrung und Brotzehrungsbetrieb erzielten einen Verlust mit 6.222.950,10 Kronen ab.

polizeiliche unter öffentlicher Kontrolle fordern. Das Ziel mußte die Sicherstellung der Gewerkschaften in den Händen der Gewerkschaften und des Reiches sein. Im Zusammenhang damit präpariert Kaufmann die grundlegenden Arbeitsergebnisse, deren Veröffentlichung die Gewerkschaften eine geheime Entwicklung auf diejenigen Gebiete der militärischen und diplomatischen Umgestaltungen nach dem Krieg duldet.

Das Buch gehört zweifellos zu den bedeutenderen Erkenntnissen in der weitläufigen Kriegsliteratur unserer Zeit und sollte die weitere Verbreitung in der Öffentlichkeit fördern.

Schlagzeile vom 5. Mai

Am 19. Hochzeitstag für 1917

16. Mai 12. Mai fällig.

Schlagzeile: 12. Mai: Abreißende Verhandlungen

12. Mai: Besonders beweist, wie sich die Brotzehrung am 12. Mai abends, oder Abendabend)

Schlagzeile: 12. Mai:

Großes Treffen: 2. Mai in Frankfurt. Zur Zeit Prof. Robert Koch (Festschrift) — **Düsseldorf: 3. Mai** bei Schlossgärtchen. **Stempfle: Düsseldorf. Wiesbaden: 10. Mai** im "Bismarck". **Bremen: Bismarck-Bücherei**. — **Düsseldorf: 11. Mai** bei Müller, Schloßgärtchen.

Schlagzeile: 12. Mai:

Frankfurt: Großhaus "Zum roten Kreis". Wiesbaden: 10. Mai. — **Bonn: 31. Mai in Bonnberg's Unterricht**.

Schlagzeile: 13. Mai:

Offen: Bonn: 10 Uhr. "Zum schwäbischen Brauhaus" W. Freihofener Markt.

Hochzeit.

[M. 4.50]

Hochzeit.

Als Orts des Weltkrieges betrauen wir den Tod unserer einzigen Mitbürger in der Organisation, des Bundes.

Johann Klöppel

der infolge einer Gasblase am 19. April in einem Künzberger Gasgerütt gestorben ist.

Ehre sei ihm in Anderthalb!

Zürichle Nürnberg.

[M. 3.50]

Hochzeit.

Am den Folgen einer Lungenerkrankung nach unter anderthalbjähriges Mitglied

Bertold Scholl

Wer werden demselben teils ein ehrendes Ehren befreien. — **Stadtkonservat. Berlin**.

[M. 3.50]

Hochzeit.

Späthich und unverwandt vertrieb unter altem neues Mitglied

Aximus Jackobson

unfälle eines Herzschlags.

Sein Ambiente wird fortleben bei uns, indem wir ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Zürichle Nürnberg.

[M. 3.50]

Hochzeit.

Am 26. April stirbt unter anderthalbjähriges Mitglied bei Bäder

Karl Jahn

im Alter von 47 Jahren.

Ehre sei ihm in Anderthalb!

Zürichle Düsseldorf.

[M. 3.50]

Hochzeit.

Am 26. April stirbt unter anderthalbjähriges Mitglied bei Bäder

Karl Jahn

im Alter von 47 Jahren.

Ehre sei ihm in Anderthalb!

Zürichle Düsseldorf.

KontrollPoffen

"National" Brot zu niedrigen Preisen gegen die Werte unter 3. C. 3698 im Bäckerei Poffen Berlin SW 13.

Nordberger Bäcker- und Konditorei decken ihren Bedarf am besten bei **Hans Berluss, Schuhmeister, Hengasse 2, 151**